A 25, B 5, Ortsumgehung Geesthacht, Planänderung vor Fertigstellung nach § 76 VwVfG, hier Bodentransporte für Knickwälle zwischen den Teilflächen des Ausgleichsflächenkomplexes A 13

Feststellung der UVP-Pflicht nach § 3e Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeit (UVPG) a. F. und § 9 Abs. 1 Nr. 2 UVPG n. F.

Bekanntmachung des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein - Amt für Planfeststellung Verkehr -, vom 14.08.2024 – APV 14 – 533.32-282

Der Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr, Standort Lübeck, plant im Rahmen des Neubaus der A 25, B5 Ortsumgehung Geestacht die Durchführung von Bodentransporten im Rahmen der Ausführung von planfestgestellten CEF-Maßnahmen (Knickneuanlage als Lebensraum für Haselmäuse). Diese betreffen den Abschnitt der B 5. Der Planfeststellungsbeschluss zum Neubau der A 25, B 5 Ortsumgehung Geestacht sieht zwar die Umsetzung dieser CEF-Maßnahmen vor, jedoch nicht die im Zuge der Ausführungsplanung für die Knickneuanlage als erforderlich identifizierten Bodentransporte.

Aus diesem Grund hat der Vorhabenträger eine Planänderung vor Fertigstellung nach § 76 VwVfG beantragt, für die nach § 3e Abs. 1 Nr. 2 UVPG a. F. und § 9 Abs. 1 Nr. 2 UVPG n. F. eine Vorprüfung des Einzelfalls vorzunehmen ist.

Das Vorhaben hat nach Einschätzung der Planfeststellungsbehörde auf Grund überschlüssiger Prüfung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien nach Anlage 3 zum UVPG keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen, die zu berücksichtigen wären, weshalb von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung abgesehen wird. Die Entscheidung basiert auf folgenden wesentlichen Gründen:

In Bezug auf das Schutzgut Mensch, einschließlich der menschlichen Gesundheit, ergeben sich im Vergleich zu der planfestgestellten Lösung keine weiteren erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen.

Die Auswirkungen auf die Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt sind aufgrund der temporären Dauer der Auswirkungen während der Bauphase einerseits und der vollständigen Rückführung der beanspruchten Fläche in die ursprüngliche Nutzung als nicht erheblich im Sinne des UVPG beurteilt.

Auch hinsichtlich der Schutzgüter Fläche und Boden können weitere erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen ausgeschlossen werden. Die für den Bodentransport vorgesehene intensiv genutzte Ackerfläche wird nur wenige Wochen genutzt und wird nach der Inanspruchnahme wieder vollwertig nutzbar sein. Lastverteilungsmatratten sorgen während der Inanspruchnahme zudem für den Schutz vor Bodenverdichtungen.

Erhebliche Auswirkungen auf die Schutzgüter Wasser, Klima, Luft, Kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter sind aufgrund des Vorhabens nicht festzustellen.

Durch das Vorhaben werden keine Schutzgebiete oder rechtlich festgesetzte Flächen oder gesetzlich geschützte Biotope betroffen. Artenschutzrechtliche Konflikte werden ausgeschlossen.

Abschließend sind zudem auch erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen auf Grund von Wechselwirkungen mit anderen Vorhaben auszuschließen.

Anhand einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls gem. § 9 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der aktuellen Fassung hat das Amt für Planfeststellung Verkehr festgestellt, dass keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, da erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen nicht zu erwarten sind. Diese Feststellung ist nach § 5 Abs. 3 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Nach den Bestimmungen des Informationszugangsgesetzes (IZG-SH) für das Land Schleswig-Holstein vom 19. Januar 2012 (GVOBl. Schl.-H. S. 89), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. März 2022 (GVOBl. Schl.-H. S. 285), ist eine Einsichtnahme in

diese Feststellung beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein, - Amt für Planfeststellung Verkehr -, Hopfenstraße 29, 24103 Kiel, möglich.